



## WEICHENSTELLUNG FÜR ÖSTERREICH

Der „Fahrplan der  
Industrie“ weist den  
Weg aus der Rezession



**FORSCHUNG & INNOVATION**  
ÖAW-Präsident Heinz Faßmann  
im Interview

Seite 5



**BURGENLAND**  
Neue Industrielandkarte  
für Burgenland

Seite 12

**IV-ZUKUNFTSMONITOR**  
Vertrauen in Industrie und  
Unternehmen hoch

Seite 4

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

# EU-Sonderzölle auf E-Autos aus China

Ende Oktober wird mit den finalen Ergebnissen der Anti-Subventionsuntersuchung sowie einem entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle gerechnet. Welche Effekte hätten diese Zölle?

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2023 aufgrund des Verdachts auf wettbewerbsverzerrende Subventionen ein Verfahren gegen Elektrofahrzeuge aus China eingeleitet.

Innerhalb Europas unterstützt vor allem Frankreich die Maßnahmen, während Deutschland skeptisch bleibt. Deutsche Autobauer haben sich weitgehend gegen neue Zölle ausgesprochen; aufgrund der befürchteten Gegenreaktion Chinas. Auch Österreich warnte vor einer drohenden Vergeltungsspirale.

## Internationaler Vergleich

Die USA haben zuletzt ihre Zölle auf chinesische Elektroautos von 25 Prozent auf 100 Prozent erhöht und heben Zusatzzölle unter anderem auch auf Stahl- und Aluminiumprodukte sowie Halbleiter ein. Auch Kanada zog mit einem Zollsatz von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos sowie 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus China nach.

## Preissteigerung erwartet

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO schätzt in einer aktuellen Studie eine langfristig geringfügige Preissteigerung in der EU durch Sonderzölle um durchschnittlich 0,3–0,9 Prozent. Kurzfristig wären jedoch größere Effekte zu erwarten. Insgesamt rechnen Expertinnen und Experten mit einem Rückgang der Kfz-Einfuhren aus China um 42 Prozent. Die Produktion in der EU könnte der Studie zufolge leicht steigen: Es wird mit einer Erhöhung der Wertschöpfung um 0,4 Prozent gerechnet.<sup>1</sup> 2023 wurden noch 500.000 E-Autos aus China in die EU importiert.



## EU-Mitgliedstaaten entscheiden

Die Europäische Kommission wird den Mitgliedstaaten voraussichtlich Ende Oktober 2024 die finalen Ergebnisse der Anti-Subventionsuntersuchung sowie den entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle vorlegen. Die Mitgliedstaaten entscheiden dann über die Einführung mit qualifizierter Mehrheit. Die Zusatzzölle könnten folgend

ab Herbst 2024 vorerst für eine Dauer von fünf Jahren gelten. Aktuell beträgt der reguläre Zollsatz auf Kraftfahrzeugimporte dieser Kategorie zehn Prozent, Strafzölle würden nun zusätzlich zu diesem Satz auferlegt werden.

Konkret könnten einer ersten Mitteilung über den Untersuchungsabschluss zufolge endgültige Zölle zwischen 17 Prozent

und 36,3 Prozent fixiert werden. BMW und Volkswagen würden damit beispielsweise einen Zollsatz von 21,3 Prozent bezahlen, Tesla allerdings nur mehr neun Prozent.

<sup>1</sup> Studie: „Kiel Policy Brief: Time to be Open, Sustainable, and Assertive: Tariffs on Chinese BEVs and retaliatory measures“ (IFW Kiel, WIFO, FIW, ASCII; Juli 2024).

## Expertenmeinung von DIETER DREXEL

# Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP): Selbstverpflichtung als Hypothek für den Standort?

Eine der letzten Aktivitäten der Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode war die Übermittlung des NEKP-Entwurfs an die EU-Kommission. Der NEKP, eine Art gesammelte Werke zur Energie- und Klimapolitik eines Landes, soll gegenüber der EU-Kommission die Ernsthaftigkeit belegen, mit der ein Mitgliedsstaat sein jeweiliges Klimaziel bis zum Jahr 2030 verfolgt.

Für Österreich liegt dieses Ziel bei minus 48 % gegenüber dem Basisjahr 2005. Über die Aussichten Österreichs, dieses Ziel zu erreichen, lässt sich trefflich streiten, immerhin hat bis vor Kurzem eine Lücke von 13 Prozentpunkten zwi-

schen sämtlichen auf mehreren Hundert Seiten im NEKP aufgelisteten Maßnahmen und dem genannten Ziel von 48 % geklafft. Über den Sommer konnte diese Lücke vermeintlich geschlossen werden, insbesondere mit der mittlerweile breit kolportierten Maßnahme, die „klimaschädlichen Subventionen“ abschaffen zu wollen. Eine solche Maßnahme hätte zweifelsohne eine relevante Wirkung auf die Emissionen unseres Landes, allerdings wohl auch auf den finanziellen Spielraum von Menschen und Unternehmen, denn solche sogenannten „klimaschädlichen Subventionen“ sind prominente Instrumente (wirtschafts-)politischer Gestaltung. Je nach Quelle sind solche vermeintlichen „Subven-

tionen“ das Dieselprivileg, die Pendlerpauschale, die Steuerfreiheit von Flugbenzin, die Dienstwagenbesteuerung, freie Zertifikate im Emissionshandel, die Energiesteuerrückerstattung für energieintensive Unternehmen u. a. m. Diese Liste kennend verwundert es auch nicht, dass die Interpretation der Verbindlichkeit des sommerlichen Lückenschlusses der oben genannten 13 Prozentpunkte selbst innerhalb der Bundesregierung unterschiedlich ausfällt.

Während die Grünen mit der NEKP-Einigung bereits einen Gutteil der genannten Themen erledigt wissen wollen, sieht die ÖVP erst den Beginn eines Prozesses zur näheren Definition „klimaschäd-



Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, Umwelt; Industriellenvereinigung.

licher Subventionen“. Was dies für die Ernsthaftigkeit bedeutet, mit der unser österreichischer, nun in Brüssel liegender NEKP die Zielerreichung bis 2030 unterlegt, soll an dieser Stelle ebenso wenig diskutiert werden wie die Plausibilität der politischen Zielsetzung, gerade einmal zehn Jahre später, nämlich bis 2040, als Volkswirtschaft gänzlich klimaneutral sein zu wollen.



# Endlich raus aus der Rezession!

*Österreich muss die Weichen neu stellen: Weg vom Vollkasko-Staat, hin zu Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Weg vom völlig reaktionären Belastungsmantra, hin zu Fortschritt, Innovation und Leistung – nur das schafft neuen Wohlstand.*



W er die aktuelle Realität in der österreichischen Wirtschaft kennt, war nicht überrascht: die österreichische Nationalbank senkte Mitte September die Wachstumsprognosen für 2024 und 2025 drastisch. 2024 ist ein weiteres Rezessionsjahr.

Umso mehr wird die anstehende Nationalratswahl für Österreich zu einer Richtungsentscheidung: Wollen wir die Weichen Richtung Zukunft und Aufschwung stellen oder biegen wir ab in eine Welt der Steuererhöhungen, weniger Leistung und weiterer Aufblähung des schuldenfinanzierten Sozialstaats inklusive Unternehmensvertreibungsprogramms? Wann, wenn nicht jetzt – im dritten Jahr der Wirtschaftsschrumpfung – muss es in diesem Land ein Zurückbesinnen auf offenbar vergessene Tugenden geben. Wir müssen weg vom Vollkasko-Staat,

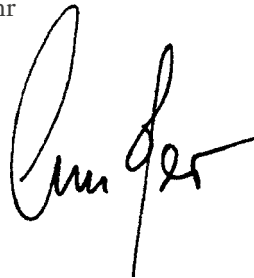
der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie zu diffamieren und zu vertreiben. Treten wir dem gelebten Unternehmer-Bashing entschieden entgegen!

Wir brauchen Wachstum, um uns sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen zu können, und nicht immer höhere Sozialausgaben auf Pump. Angesichts eines Staatshaushaltes, der an der Grenze zum EU-Defizitverfahren kratzt, ist dies umso dringlicher. Wir müssen mit dem Missverständnis aufräumen, dass eine Ausweitung des Sozialstaats zu mehr Wohlstand führt. Im Gegenteil, das kann nur mit diesem Rezept gelingen: Fortschritt, Innovation und Leistung schaffen Wohlstand. Diese Werte sind es, für die auch die heimische Industrie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

Entscheiden wir uns am 29. September für eine ehrliche Entlastung bei Steuern und Bürokratie. Wählen wir Offenheit in den Bereichen Technologieentwicklung und Welthandel. Wählen wir eine grüne Transformation, die im Sinne eines Wachstumsdeals auf die Chancen ausgerichtet ist. Entscheiden wir uns für einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

Beunruhigend für den Sozialstaat ist hingegen, dass die Gruppe der Einkommensteuer-Zahler schrumpft. Vor 20 Jahren hatte die Gruppe derjenigen, die KEINE Einkommensteuer bezahlen, lediglich einen Anteil von rund einem Viertel, nun ist diese Zahl auf rund 34 Prozent angewachsen. Immer weniger arbeitende Menschen finanzieren dieses System. Ein Umstand, der uns bei den Pensionen längst auf den Kopf fällt.

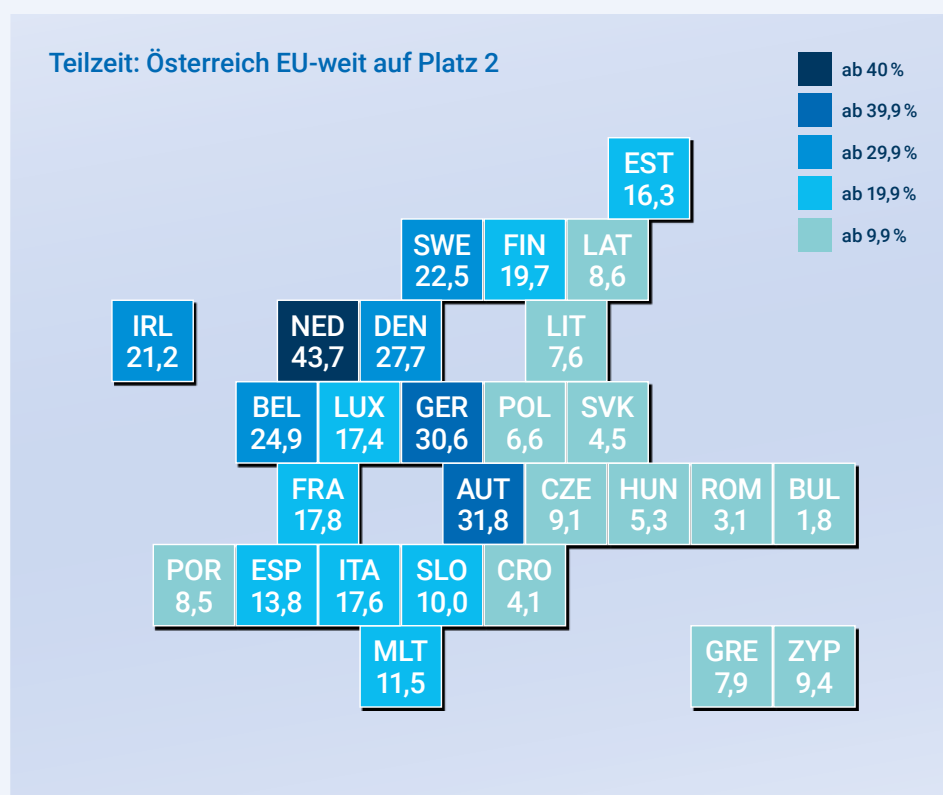
Wir als Industriellenvereinigung haben einen Fahrplan ausgearbeitet, der einen Weg aus dem wirtschaftlichen Schlammsee weist (siehe Seiten 6-7). Dieser steinige Weg führt vorbei an so mancher unpopulären Maßnahme, ist aber alternativlos. Wir müssen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft jetzt stärken und den Weg Richtung Zukunft und Aufschwung ebnen.

Ihr  


Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

## Grafik des Monats

Österreich hat beim Anteil der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse einen zweifelhaften Stockerlplatz in der Europäischen Union: 31,8 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten im 1. Quartal 2024 in Österreich in Teilzeit – nur in den Niederlanden ist dieser Anteil mit 43,7 Prozent noch höher; am dritten Platz steht Deutschland mit 30,6 Prozent. Vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsländern ist die Teilzeitquote viel niedriger, in Bulgarien sind es nur 1,8 Prozent. Für Österreich liegen auch bereits die Zahlen für das zweite Quartal 2024 vor: Laut Statistik Austria arbeiteten von April bis Juni 51,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern waren es 13,9 Prozent. Vor 30 Jahren lag die Frauen-Teilzeitquote hierzulande nur bei 26 Prozent, bei Männern bei vier Prozent. Angesichts des jetzt bereits erheblichen Fach- und Arbeitskräftemangels wäre eine Senkung der Teilzeitquote enorm wichtig, um Arbeitskräftepotenziale zu heben. Dafür müssen aber entsprechende Reformen umgesetzt werden.



## Zahl des Monats

# 210.000

Das ist die Anzahl der aktuell in Österreich fehlenden Fach- und Arbeitskräfte laut einem aktuellen Bericht des Wirtschaftsministeriums an das Parlament. Die demografische Entwicklung wird allerdings dafür sorgen, dass diese Zahl in den nächsten zehn bis zwölf Jahren auf rund 540.000 ansteigen wird. Die Jahrgänge der Babyboomer-Generation, die jetzt in Pension gehen, sind größer als jene Jahrgänge, die im erwerbsfähigen Alter sind bzw. jetzt nachrücken. Gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die erwerbsfähige Bevölkerung wohl bereits heuer erstmals nicht mehr zunehmen und von 5,54 Millionen Menschen bis zum Jahr 2035 auf 5,3 Millionen abnehmen.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.  
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek, Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Media Apparat bzw. Österreichische Akademie der Wissenschaften, IV-Burgenland/Adobe Stock, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/iStock, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Wirtschaftsagentur Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





# IV-Zukunftsmonitor – Österreich 2024

Nur ein Viertel der Befragten ist mit dem politischen System zufrieden. Die Mehrheit spricht sich für Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel aus. Das Vertrauen in Industrie und Unternehmen ist weiterhin hoch.

Der IV-Zukunftsmonitor ist ein mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführter sozialwissenschaftlicher Indikator und liefert seit 2019 umfassende empirische Daten über den aktuellen und künftigen Zustand der österreichischen Gesellschaft. Die Erkenntnisse des IV-Zukunftsmonitors sollen dazu beitragen, die Lebenssituation der Menschen im Land und ihre Erwartungen an die Zukunft (besser) zu verstehen. Das unterstützt Unternehmen bei der Planung der Zukunft und die Politik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Auftaktveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors 2024 fand am 9. September im Haus der Industrie mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Das mit Petra Draxl (AMS), Georg Feith (CAG Holding GmbH), Judith Kohlenberger (WU Wien) und Kathrin Stainer-Hämmerle (FH Kärnten) hochkarätig besetzte Expertenpodium zeigte mit Moderator Markus Hengstschläger (Meduni Wien) klar: Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um dem Fachkräftemangel in Österreich wirkungsvoll entgegenzutreten. Migration spielt dabei eine maßgebliche Rolle, ist die Geburtenbilanz ab 2030 doch kontinuierlich negativ. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte in seiner Eingangsrede, dass ohne Zuzug aus dem Ausland der steigende Arbeitskräftebedarf (540.000 in den nächsten zwölf Jahren) nicht zu stemmen sein wird. Hierfür bedarf es einer umfassenden Migrationsstrategie, die eine erfolgreiche Integration der ausländischen Arbeits- bzw. Fachkräfte und ihrer Familien gewährleistet. Mehr als die Hälfte der Befragten des



Der IV-Zukunftsmonitor wurde im Rahmen der Präsentation im Haus der Industrie von Experten diskutiert.

IV-Zukunftsmonitors erkennt die Notwendigkeit von Migration und stimmt Migration zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausdrücklich zu.

Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in eine positive Entwicklung des Landes sinkt jedoch zusehends: 68 % der Befragten glauben, dass Österreich sich in die falsche Richtung entwickelt. Trotz hohem Interesse an Politik ist fast die Hälfte der Befragten mit dem politischen System in Österreich derzeit nicht zufrieden. Positiv hervorzuheben ist das hohe Vertrauen in Unternehmen; sie belegen nach der Polizei Rang zwei im Vertrauensranking der Institutionen, noch

vor Justiz und Gerichten, die traditionell ein hohes Vertrauen genießen. 77 % der Befragten stimmen zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, und 68 % sind der Überzeugung, dass die Industrie der Motor der österreichischen Gesamtwirtschaft ist. Allerdings ist nur rund ein Drittel der Meinung, dass das wirtschaftliche und politische Klima in Österreich günstig für Unternehmensgründungen ist. In Bezug auf eine neue Regierung gilt daher der Appell, durch sachorientierte Politik die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmertum zu fördern und das Vertrauen und die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit dem politischen System zu steigern.



## WEBTIPP

Alle Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors: [www.zukunftsmonitor.at](http://www.zukunftsmonitor.at).

## Expertenmeinung von KARL FUCHS

# Breite Ablehnung von Steuer-Luftschlössern

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass Vermögen- und Erbschaftsteuern in Österreich unpopulär sind. Die Befragten sind überzeugt, dass auch der Mittelstand betroffen wäre.



Die Fantasie manch wahlwerbender Gruppierung, wonach mit neuen Vermögen- und Erbschaftsteuern das Budget gerettet würde und damit auch noch Beliebtheits-Contests zu gewinnen seien, erweist sich als Luftschloss. Medienübergreifend wurde zuletzt etwa die SPÖ-Rechnung, wonach solche Steuern zahllose Wahlzuckerln finanzieren könnten, zerlegt. Nun weist eine neue Umfrage (Stichprobe: 800 Befragte/Schwankungsbreite: +/- 3,5%), die Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums und der Industriellenvereinigung durchführte, nach, dass auch die Bevölkerung diese neuen Steuern rundweg ablehnt.

## Steuern fressen Wohlstand

So sehen laut der Umfrage 65 Prozent der Befragten die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch solche Steuern gefährdet, fast gleich viele (64%) sehen den heimischen Wohlstand bedroht. Neue Vermögen- und Erbschaftsteuern würden, so sagen es zudem 62 Prozent der Befragten, nicht nur „Superreiche“, sondern auch „den Mittelstand“ und heimische Familienbetriebe treffen. Willkürlichen Freigrenzen, die zur Besänftigung der Wählerschaft kommuniziert wurden, wird also kein Glauben geschenkt. Selbst die Hälfte der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler ist der Meinung, dass der Mittelstand betroffen sein würde. Nicht umsonst wurden die damals bestehenden



Karl Fuchs, Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik, Unternehmensrecht; Geschäftsführer Aktienforum; Industriellenvereinigung.

Vermögenssteuern ja auch 1993 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft. Konkret zu Erbschaftsteuern befragt halten 68 Prozent der Befragten diese für eine Form von „Doppelbesteuerung“ und lehnen diese ab. Vermögenssteuern halten 74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Schnüffelsteuer“. Bei den befragten SPÖ-Wählerinnen und -Wählern sind es noch immer 67 Prozent.



# Forschung und Innovation als „wesentliche Triebkräfte“

Heinz Faßmann ist seit 2022 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und spricht im Interview über die Rolle der Grundlagenforschung und Möglichkeiten, Forschung und Innovation in Österreich und Europa zu stärken.



Heinz Faßmann ist Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Was sind aus Ihrer Sicht als Präsident der Akademie der Wissenschaften wichtige Weichenstellungen für die FTI-Politik Österreichs?**

**Heinz Faßmann:** In einem Land ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit hohen Löhnen, ausgebauten Sozialstandards und mit einer alternden Bevölkerung stellen Forschung und Innovation die wesentlichen Triebkräfte einer erfolgreichen Wirtschaft dar. Was sollte sonst den Erfolg auf den Märkten der Welt sicherstellen, als innovative Produkte, die besser sind als die der Konkurrenz? Daraus folgt ein klares Bekenntnis der Politik zu wachsenden Forschungsbudgets, aber auch zur langfristigen Absicherung derselben. Wir haben die 3% Forschungsquote erreicht, wir sollten für die kommenden Jahre 4% anvisieren; wir haben dreijährige Leistungsvereinbarungen erreicht, wir sollten diese um weitere drei Jahre erweitern. Wir können uns keine Zickzack-Politik leisten, wir brauchen Strategie und langfristige Planungssicherheit.

**Was braucht eine strategische FTI-Politik in Europa und wie können wir Österreich auf europäischer Ebene positionieren?**

Europa befindet sich im Wettkampf gegen die USA und China und verliert derzeit an Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Innovationskapazität. Es ist daher richtig und wichtig, dass wir mit Horizon das weltweit größte Forschungsprogramm auflegen, und gleichzeitig ist es wichtig, die Mitgliedstaaten nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. So gut kann Horizon gar nicht dotiert werden, um das auszugleichen, was die Mitgliedstaaten verabsäumen. Vier Staaten in der EU übertreffen die Forschungsquote von 3% des BIP, aber sieben Staaten liegen unter einem Prozent. Wenn wir Europa im globalen Wettbewerb stärken wollen, dann müssen wir alle mehr investieren, den Wettbewerb um Forschungsgelder stärken, teure Infrastrukturen gemeinsam betreiben und die Schrebergartenmentalität aufgeben.

**Wir haben in der österreichischen FTI-Landschaft viele Akteure – wie können wir robuste und innovative Ökosysteme bauen und den Technologietransfer sowie Gründungen stärken?**

Ich bin als Akademiepräsident Vertreter der Grundlagenforschung; wir forschen breit, unabhängig und ergebnisoffen. Forschende haben ein besseres Gefühl für gute Forschungsfragen als die ministerielle Bürokratie oder die politischen Berater. Mir ist trotz der Grundlagenorientierung der gesamte Forschungsbogen wichtig und ich lege Wert darauf, dass Forschung nicht zum Selbstzweck betrieben wird. Forschung muss auch vor dem Hintergrund der eingesetzten Steuergelder eine inhaltliche Legitimation erfahren: Wohin führt die Forschung, welcher gesellschaftliche Mehrwert wird damit erzielt, gibt es konkrete Anwendungsmöglichkeiten? Das sind Fragen, die wir intern immer wieder diskutieren. Die ÖAW ist übrigens jene außeruniversitäre Institution mit den

meisten Spin-offs, und wenn wir unser Fächerspektrum berücksichtigen, auch jene mit den meisten ERCs.

**Spitzenforschung findet in einem hochkompetitiven Umfeld statt. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um für internationale Talente attraktiv zu sein und die besten Köpfe in Österreich zu halten?**

Es ist nicht nur das Gehalt, das intellektuelle Umfeld, und es sind nicht nur die Kooperationen mit den Universitäten und den forschungsstarken Unternehmen und nicht nur die Lebensqualität in dieser Republik – es ist alles zusammen. Wir sind ein Forschungsland und wir arbeiten auch an der ÖAW täglich daran, die Attraktivität des Forschungslands zu verbessern und die Botschaft nach außen zu tragen.

## NÄCHSTES EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM AUS SICHT DER IV

Die Industriellenvereinigung hat ihre Positionen zum kommenden Forschungsrahmenprogramm der EU vorgelegt. Der Input fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs.

Auf EU- und Mitgliedstaatenebene laufen die Debatten zu einem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm immer intensiver. Die Empfehlungen der von der EU-Kommission eingesetzten High Level Expert Group zu FP10 werden demnächst veröffentlicht. Die IV hat ihre erste Positionierung eingebracht, die sie über die neu aufgesetzte IV-„EU Task Force FTI“ erarbeitet hat. Der Input der IV fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs, die durch das entsprechende Ressort des BMBWF koordiniert wird.

### AUSGEWÄHLTE SCHLÜSSELPRIORITÄTEN DER IV FÜR DAS FP10:

- Die IV fordert ein schlagkräftiges und von anderen Initiativen klar abgegrenztes Budget von mindestens 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.
- Das EU-Forschungsrahmenprogramm stärkt nicht nur für Europa, sondern auch in Österreich exzellente europäische Spitzenforschung und transnationale Kollaboration und hat daher enorme strategische Relevanz. Dies stellt einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für EU-FTI-Ökosysteme gegenüber globalen Mitbewerbern dar. Wie seine Vorgänger muss FP10 daher Bereiche für angewandte und transnationale kollaborative Forschung und Entwicklung stärken, die fast ausschließlich in der derzeitigen zweiten Säule des Programms stattfinden.
- Öffentlich-private FTI-Partnerschaften sind zentral für die Umsetzung von strategisch-langfristigen F&E-Agenden und haben einen starken Hebel für die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien, für die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Weiterentwicklung der Industrie. Sie sollten ein klarer Schwerpunkt von FP10 sein.
- Es braucht einen stärkeren proaktiven Austausch mit der Industrie, nicht zuletzt aus strategischem Interesse für Europa. Um der hohen strategischen Bedeutung der kollaborativen Forschung und Entwicklung im FP gerecht zu werden, sollte ein industriegeführtes High-Level-Board für „Industrial Competitiveness and Technology Development“ für die zweite Säule des FP eingerichtet werden.
- FP10 muss von einem ergebnisorientierten Ansatz und dem Kriterium der Exzellenz getragen werden.



## FÖRDERUNG VON MINT-REGIONEN AB 2025

MINT ist die Superkompetenz unserer Zeit. Sie ist nicht nur Grundvoraussetzung, um unsere immer komplexer werdende Welt verstehen zu können, sie eröffnet auch beste Karriereperspektiven und die Möglichkeit, die Lösungen für die großen gesellschaftlichen Probleme aktiv mitgestalten zu können.

Um mehr junge Menschen für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu begeistern, bündeln Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine und die kommunale Verwaltung seit 2023 ihre Kräfte in bereits 14 „MINT-Regionen“, einer Initiative, die von der IV gemeinsam mit dem BMBWF und in Kooperation mit der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der aws ins Leben gerufen worden ist. Nun wurde ein Fördercall für ausgezeichnete MINT-Regionen über eine Mio. Euro aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich angekündigt, um ab 2025 kooperative MINT-Projekte mit Fokus auf Chancengleichheit zu unterstützen.

Bereits jetzt und bis 20. Jänner 2025 ist die Bewerbung um das „MINT-Regionen“-Qualitätslabel möglich, das Voraussetzung für eine monetäre Projektförderung ist.

Weitere Informationen: [www.mint-regionen.at](http://www.mint-regionen.at).

# Weichenstellung für die Zukunft

*Der „Fahrplan der Industrie“ weist den Weg zu wichtigen wirtschaftspolitischen Stationen, die den Boden für den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung bereiten.*

Das dritte Quartal 2022 markiert den Beginn einer konjunkturellen Abwärts-spirale in der österreichischen Industrie – und derzeit ist kaum Licht am Horizont erkennbar, wie die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung bestätigt. Die Bruttowertschöpfung lag im zweiten Quartal real um mehr als drei Prozent unter jener des vergleichbaren Zeitraums des Jahres 2023. Für die zweite Jahreshälfte rechnen Ökonomen bestenfalls mit einer Stagnation. „Die anstehende Nationalratswahl wird für Österreich zu einer Weichenstellung: Nehmen wir die richtigen Abzweigungen, führen uns die nächsten Stationen in den Aufschwung“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. „Die gute Nachricht: Der richtige Fahrplan liegt am Tisch – jetzt geht es darum, sich möglichst schnell auf den Weg zu machen.“

Österreichs exportorientierter Industrie fehlt es derzeit an starken außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom wichtigen deutschen Markt ist auf absehbare Zeit nicht mit solchen zu rechnen, aber auch aus Fernmärkten wie den USA oder China sind die Signale derzeit verhalten. Hinzu kommen stark gestiegene Kosten, die die Position am hart umkämpften Weltmarkt noch schwieriger gestalten: Die Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch, die Energiepreise steigen wieder und die enorm gestiegenen Berichtspflichten haben die Bürokratie zu einem deutlich spürbaren Kostenfaktor werden lassen.

## Keine neuen Steuern

Die erste Weiche, die gestellt werden muss, ist für die Industriellenvereinigung klar: ein sofortiger Stopp für neue Belastungen. „Die im Wahlkampf mehrfach gewälzten neuen Steuerideen müssen sofort vom Tisch“, fordert Knill. „Allein die Diskussion über neue Steuern auf Eigentum und die Wiederbelebung zu Recht abgeschaffter Steuern schadet dem Standort bereits enorm.“ Österreich hat bereits jetzt eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten und damit kein Einnahmenproblem. Dass das vorhandene Steuergeld besser eingesetzt werden kann, sehen auch breite Teile der Bevölkerung so: Eine Befragung von Peter Hajek im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Aktienforums ergab, dass 82 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Ansicht sind, dass für die Finanzierung von Kindergärten und Pflege keine neuen Steuern notwendig sind (Details zur Umfrage siehe Expertenmeinung auf Seite 4).

Die nächste Station am Fahrplan Richtung Aufschwung und Zukunft sind aus Sicht der Industrie breite Entlastungsmaßnahmen. Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Eine der wichtigsten Stellschrauben sind für die IV die Lohnnebenkosten: „Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist ein Win-win: Sie würde den hohen Kostendruck der





Betriebe mildern und dafür sorgen, dass auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Netto vom Brutto bleibt“, so der IV-Präsident.

#### Strukturreformen

Neben diesen unmittelbaren Nachjustierungen im Steuersystem braucht es laut Knill auch mutige Strukturreformen, um die angespannte Budgetsituation nachhaltig zu entlasten. „Für keinen anderen Politikbereich wird mehr aus dem Bundesbudget zugeschossen wie für die Pensionen – es sind dafür vier Mal so viel Mittel vorgesehen wie für Wissenschaft und Forschung“, mahnt Knill. Kurzfristig brauche es dringend eine Anhebung der Untergrenze des Korridor pensionsalters; langfristig eine laufende Anpassung des Pensionssystems an die gestiegene Lebenserwartung. Zwei Drittel der OECD-Staaten haben bereits ein Nachhaltigkeitssystem implementiert.

#### Industrial Deal

Eine weitere Weichenstellung ist in Sachen Green Deal notwendig: „Umwelt- und Industriepolitik hängen eng zusammen, das scheint in den vergangenen Jahren vor allem auf EU-Ebene übersehen worden zu sein. Die Industrie versteht die grüne Transformation als enorme Chance und es ist uns bewusst, dass wir an einem der stärksten Hebel für die Umsetzung sitzen. Dafür braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen und

keine einseitige, populistische Klimapolitik“, sagt Knill. Der Green Deal müsse neu gedacht werden und als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

#### Weniger Bürokratie

Um Berichts- und Meldepflichten für Unternehmen zu reduzieren, gibt es viele kleine Schrauben, an denen gedreht werden muss – „dabei geht es um Maßnahmen wie Einheitlichkeit bei der Auslegung der EU-Berichterstattung oder auch die Durchsetzung des Once-Only-Prinzips. Aber auch schon kleinere Schritte wie die Möglichkeit, die Unterlagen auf Englisch einzureichen, sei es zum Firmenbuch oder auch das Führen der Bücher und Aufzeichnungen im Bereich des Steuerrechts, wären eine wesentliche Erleichterung“, erklärt der IV-Präsident.

Dieser „Fahrplan der Industrie“ habe das Zeug dazu, Österreich aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu geleiten und den richtigen Rahmen zu schaffen, um kommende Wachstumsimpulse bestmöglich nutzen zu können. „Wenn es dann noch gelingt, die EU-Pläne zur Stärkung des Binnenmarkts umzusetzen und Partnerschaften mit dynamischen Wirtschaftsräumen in anderen Weltregionen umzusetzen, wäre der Boden für einen Aufschwung gut aufbereitet“, so Knill abschließend.



# Industrie setzt auf konsensorientierte Bildungsreformen

Im Haus der Industrie diskutierten die Bildungssprecher der Parlamentsparteien über die Zukunft des Bildungssystems in Österreich. Dabei ging es um konkrete Lösungsansätze.

Anfang September kamen die Bildungssprecherinnen und Bildungssprecher aller Parlamentsparteien im Haus der Industrie zusammen, um über die Zukunft des österreichischen Bildungssystems zu diskutieren. Unter dem Titel „Bildung: Das Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort! Lösungen finden. Konsens schaffen. Zukunft gestalten“ präsentierten die Parteienvertreterinnen und Parteienvertreter konkrete Lösungsansätze für die Herausforderungen im österreichischen Bildungssystem.

## Mutige Reformen

Aus Sicht der IV ist klar, dass mutige Reformen in der künftigen Legislaturperiode dringend notwendig sind, um das Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe nachhaltig zu stärken und somit die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft zu legen. Beste Bildung ist zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

## Konsens über Bildungsziele notwendig

Die Industriellenvereinigung brachte drei wesentliche Forderungen vor, die als Grundlage für die Diskussion dienen:

### 1. Einführung eines bundesweiten Qualitätsrahmengesetzes für die Elementarbildung:

Um allen Kindern in Österreich die gleichen Startchancen zu ermöglichen, ist ein einheitliches Gesetz notwendig, das klare Rahmenbedingungen für die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung festlegt. Dies soll dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und ein starkes Fundament für den Bildungserfolg jedes Kindes zu schaffen.

### 2. Stärkung der Grundbildung durch eine Bildungspflicht bis zur achten Schulstufe:

Die IV setzt sich für die Einführung einer Bildungspflicht ein, die alle Schülerinnen und Schüler mit den notwendigen praxisbezogenen Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch ausstattet. Besonders wichtig ist der Fokus auf lebensnahe Wirtschaftsbildung, die die Schülerinnen und Schüler ermächtigt, aktiv am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Regelmäßige externe Schulleistungsbeurteilung soll sicherstellen, dass diese Bildungsziele konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

### 3. Förderung der Integration durch Bildung:

Der Bildungsbereich spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration. Bereits im Kindergarten müssen Deutschkenntnisse und gemeinsame Werte vermittelt werden, um die Basis für eine erfolgreiche



V. l. n. r.: Christoph Neumayer (IV-Generalsekretär), Rudolf Taschner (ÖVP), Sibylle Hamann (Grüne), Petra Tänzler (SPÖ), Martina Künsberg Sarre (Neos), Hermann Brückl (FPÖ), Gudrun Feucht (IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft), Manuela Raidl (Moderation)

Integration zu schaffen. Multiprofessionelle Teams, die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen, sind dabei ebenso wichtig wie ein besserer Verteilungsschlüssel für Kinder mit Sprachdefiziten.

Industriellenvereinigung sieht sich dabei als Impulsgeber und hat ein umfassendes Bildungsprogramm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ vorgelegt.

Aus Sicht der IV ist künftig ein strukturierter Bildungsdialog notwendig, der über Legislaturperioden hinausgeht und alle relevanten Stakeholder einbindet. Die

## WEBTIPP

Weiterführende Informationen:  
[www.beste-bildung.at](http://www.beste-bildung.at).

## Olympiade für die „klugen Köpfe“ der Zukunft

Die Industriellenvereinigung unterstützte wieder den Tag der Wissenschaftsolympiade, an dem Österreichs beste Schüler in den MINT-Disziplinen zusammenkommen.

Am 20. Juni fand wieder der Tag der Wissenschaftsolympiade statt, an dem die größten jungen Talente im MINT-Bereich zusammenkommen – mit Unterstützung der Industriellenvereinigung. Das Event hat sich zu einem wichtigen Ereignis im österreichischen Bildungskalender entwickelt und bringt die besten Schüler zusammen, die Österreich bei internationalen Olympiaden in Mathematik, Physik, Chemie, Informatik und Philosophie vertreten. Organisiert vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Universität Wien zielt der Tag darauf ab, herausragende Talente in den MINT-Fächern und der Philosophie zu fördern und ihre Leistungen bekannter zu machen.

IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte dabei die entscheidende Rolle der Wissenschaftsolympiaden für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft, da sie die „klugen Köpfe“ hervorbringen, die notwendig sind, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Die österreichischen Teilnehmer erzielten bei den Wissenschaftsolympiaden 2024 tatsächlich bemerkenswerte Erfolge: Bei der Mathematik-Olympiade in Großbritannien erreichte das Team mit 127 Punkten das beste Ergebnis seit 1991. Auch bei der Balkan-Physik-Olympiade und der Mädchen-Informatik-Olympiade wurden Medaillen errungen, darunter eine Goldmedaille in Informatik. Besonders hervorzuheben ist die Chemie-Olympiade in Saudi-Arabien, bei der alle österreichischen Teilnehmer Medaillen gewannen, darunter eine Goldmedaille. Diese Erfolge zeigen das hohe Niveau der österreichischen Talente und unterstreichen die hohe Bedeutung der Begabtenförderung.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden die österreichischen Teams, die an den bevorstehenden internationalen Olympiaden teilnehmen, von Bildungsminister Martin Polaschek im BMBWF empfangen. Gudrun Feucht, Leiterin des



Gudrun Feucht, IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft und Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär



# Neue JI-Studie zum Pensionssystem

*Ergebnis: Dringender Reformbedarf bei den Pensionen.*

Eine aktuelle Studie von Eco Austria im Auftrag der Jungen Industrie analysiert die zukünftigen Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems und unterstreicht die Dringlichkeit, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Der demografische Wandel, insbesondere der Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten (Verhältnis zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen), stellt das System vor erhebliche Herausforderungen. Bis 2060 wird erwartet, dass auf einen Pensionisten nur noch etwa zwei Erwerbstätige kommen, was die Ausgaben für Pensionen in die Höhe treiben und den finanziellen Druck auf den Staat erhöhen wird.

Die Studie betont, dass nicht nur die Pensionsausgaben, sondern auch die Kosten in anderen altersabhängigen Bereichen wie Gesundheit und Pflege steigen werden. Dies könnte die finanziellen Spielräume des Staats einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden. Es ist daher essenziell, Maßnahmen zu priorisieren, die sowohl die Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems stärken als auch die Belastung des Einkommens ausgleichen.

Um den Herausforderungen zu begegnen, arbeitet die Studie mehrere Reformansätze aus. Eine zentrale Empfehlung ist die schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Diese Maßnahme würde nicht nur die Nachhaltigkeit des Pensionssystems verbessern, sondern auch dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Allerdings sind begleitende Maßnahmen mitzudenken, um den Übergang für ältere Arbeitnehmer zu erleichtern, etwa flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein altersgerechtes Arbeitsumfeld. Diese sollen aber, wie die OECD argumentiert, nicht so gestaltet

sein, dass sie erst recht zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führen.

Darüber hinaus wird eine Reduktion der Neuzugänge in Invaliditätspensionen durch präventive Gesundheitsmaßnahmen empfohlen. Ein weiterer Ansatz zur Stabilisierung des Systems ist die Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge: Steuerliche Anreize könnten dazu beitragen, die Attraktivität dieser Vorsorgeformen zu steigern, und somit den Druck auf das staatliche Pensionssystem verringern.

Abschließend spricht sich die Analyse dafür aus, dass insbesondere Maßnahmen zu unterlassen sind, die die Ausgabedynamik des Systems weiter verstärken. Dabei wird der Pensionserhöhungsautomatismus angesprochen, der jährlich die Ausgaben für Pensionen an die Inflation anpasst und somit weiter erhöht.

Insgesamt zeigt die Studie klar auf, dass die Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems nur durch eine Kombination aus Reformen und strategischer Planung bewältigt werden können. Eine rechtzeitige Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist entscheidend, um die langfristige Sicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten und die finanziellen Belastungen für kommende Generationen zu minimieren.

Die gesamte Studie zum Nachlesen finden Sie hier:



# Erfolgreicher JI-Jungunternehmertag in Graz

*Zum ersten Mal fand ein bundesweiter Jungunternehmertag statt, bei dem sich alles um Unternehmertum drehte.*

Am 29. August 2024 trafen sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich in Graz zum ersten Jungunternehmertag der Jungen Industrie. Der Tag begann mit einer inspirierenden Keynote von Karl Rose, der spannende Einblicke in die „Zukunft der Energiewende“ gab. Anschließend konnten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops ihr Wissen vertiefen. Besonders beliebt waren Themen wie „AI Use Cases in Business“ mit Isabella Nowotny-Hengl sowie „Kraft der Marke“ mit Florian Rock und Lukas Schwering, die praxisnahe Einblicke und wertvolle Strategien boten.



Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Raum für Networking bot, folgten weitere Workshops, unter anderem zu „Commercial Excellence“ von Constantin Krenn und Ursina Müller und „Mitarbeiterbeteiligung & FlexKap“ mit Martin Mertel und Angelika Kurz. Ein Highlight war das Kamingespräch mit Alfred Marchler von der ZETA Holding, das mit persönlichen Einblicken und praxisnahen Tipps für reges Interesse sorgte.

Der Tag fand seinen Abschluss in einem gemütlichen Abendessen im Café Promenade, wo die Teilnehmenden den Tag in entspannter Atmosphäre ausklingen ließen und neue Kontakte knüpfen konnten. Der Jungunternehmertag 2024 war somit ein voller Erfolg und bot eine ideale Plattform für Weiterbildung und Vernetzung!



## WUNSCH ANS CHRISTKIND ...

*... oder an die nächste (vernünftige) Bundesregierung.*

Meine Weihnachtswünsche möchte ich dieses Jahr einmal etwas verfrüht loswerden: Ende September ist (wieder mal) Zeit der Weichenstellung – diesmal für das „gelobte“ Österreich. Die Aussichten sind eher trist, das Land steht vor einer weiteren Zersplitterung zwischen links und rechts.

Dabei steht fast nur mehr Ideologie im Vordergrund. Ein sachlicher Austausch ist kaum mehr möglich. Auf der Strecke bleiben vernünftige, langfristige Reformen und Entlastungen für die arbeitenden Menschen sowie die Wirtschaft. Schaut man sich die Wahlprogramme an, entdeckt man eigentlich nur Kosten und Ausgaben – Effizienzreformen oder Gegenfinanzierungen sind scheinbar gerade out.

Dabei brauchen wir das dringend. Neben einer gezielten, langfristigen Pensionsreform müssen wir das Geld gezielt und vor allem zukunftsgerichtet einsetzen. Wo bleibt die Idee eines österreichischen Staatsfonds, der sich unabhängig von Wahlperioden Gedanken macht, wie wir unser Geld als gesamter Staat vermehren können? Der strategisch in Forschung, Entwicklung oder Bildung investiert? Sich um echte Digitalisierung kümmert und praxistaugliche KI-Projekte fördert? Oder sinnvoll visionäre Startups finanziert, damit auch endlich (neue) österreichische Unternehmen bei den Top-Playern weltweit mitspielen können? Was ich vermisst, ist eine Vision für Österreich: Wie wollen wir junge Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen, wenn sie nur mit Problemen konfrontiert werden und niemand eine Idee von Österreich in der Zukunft hat?

„Man kann ja noch träumen“ – vielleicht kratzt der Standort Österreich noch die Kurve und erkennt rechtzeitig, dass Unternehmen immer mehr abwandern. Eventuell erkennt ein Politiker, dass uns die USA und China schon lange abgehängt haben, was Innovationskraft und Investitionsfreude betrifft. Auch Indien ist drauf und dran, Europa zu überholen. Uns bleibt übrig zu wünschen, dass wir aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen, und uns mutig den Herausforderungen stellen, die wir uns in den letzten Jahrzehnten selbst eingebrockt haben.

Wird schon werden!

Julia Aichhorn,  
Bundvorsitzende der Jungen Industrie



# Talenteschmiede in Neudörfel: Theorie und Praxis in der Schule verschränken

Als gemeinsame Initiative der Mittelschule Neudörfel sowie regionalen Unternehmen fördert die Talenteschmiede Neudörfel die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern für Lehrberufe.

Viele Industrieunternehmen stehen vor der Herausforderung, qualifizierte Fachkräfte zu bekommen. Es gilt, die demografische Lücke, die durch die Pensionierung der sogenannten Baby-Boomer-Generation entsteht, zu schließen und junge Menschen für Berufswege in Handwerk, Technik und Industrie zu begeistern. Genau diesen Herausforderungen stellte man sich in Neudörfel, als man mit dem Schuljahr 2022/2023 die „Talenteschmiede“ ins Leben rief: eine Schwerpunktklasse an der Mittelschule Neudörfel, in der Schülerinnen und Schüler bereits früh mit technischen Berufen in Berührung kommen, sich ausprobieren und verschiedene handwerkliche Skills entdecken und stärken können.

„Um Fachkräfte zu bekommen, muss man selbst etwas tun“, ist Heidi Adewöhler, IV-Burgenland-Präsidentin und Geschäftsführerin von Neudoerfler Office Systems GmbH, überzeugt. „Unter den Jugendlichen gibt es einfach einen gewissen Prozentsatz, der handwerklich bzw. technisch begabt ist. Es ist wichtig, dass diese Jugendlichen früh beginnen, ihr Talent zu entwickeln.“

Im Rahmen der Talenteschmiede gibt es in der ersten und zweiten Klasse Werkunterricht mit hoch professionellen Werkzeugen. „Wir haben den Werkraum des neu errichteten Mittelschulgebäudes so eingerichtet, dass er eine Werkstatt sein

könnte“, erklärt Bürgermeister und Mitinitiator Dieter Posch den Ansatz, die materielle Ausstattung des Werkunterrichts auf ein neues Niveau zu heben. „Wir wollten nur dieses Werkzeug kaufen, das zum Beispiel ein Tischler auch kaufen würde.“

## „Viele wissen nicht, welche Berufsmöglichkeiten es gibt“

In der Schule bekommen die Jugendlichen theoretischen und praktischen Input – von ihren Lehrkräften wie von Beschäftigten der teilnehmenden Unternehmen. „Unser Lehrlingsbeauftragter war in der Schule



Heidi Adewöhler, IV-Burgenland-Präsidentin und Geschäftsführerin von Neudoerfler Office Systems, Lisa Schwarz, Mitglied im Management der Marchhart GmbH, Mittelschuldirektorin Karin Sinawehl und Bürgermeister Dieter Posch im Werkraum der Mittelschule Neudörfel.

und hat mit den Jugendlichen Berufsbilder, Werkstoffe und Werkzeuge theoretisch erarbeitet“, gibt Lisa Schwarz von der Marchhart GmbH ein Beispiel für die Verschränkung von Theorie und Praxis. In diesem Rahmen wurden am Ende auch kleine Elefanten aus Metall gebastelt, um mit den Schülerinnen und Schülern das theoretische Wissen in der Praxis umzusetzen.

Ab der dritten Klasse dürfen die Jugendlichen dann schließlich selbst in den Betrieben Hand anlegen und mitarbeiten. Auch hier sind die teilnehmenden Unternehmen gefordert, die Schülerinnen und Schüler dabei zu begleiten und ihnen Einblicke in die Praxis zu ermöglichen. „Viele wissen gar nicht, welche Unternehmen es gibt und schon gar nicht, welche Berufsmöglichkeiten diese bieten“, sagt Dieter Posch. „Man kennt häufig nur die ganz klassischen Lehrberufe oder das, was die Eltern kennen bzw. gelernt haben“, ergänzt Lisa Schwarz.

Bisher wurde schon viel Bewusstseinsbildung geleistet: Mit der Talenteschmiede fördert und fordert man junge Menschen daher nicht nur handwerklich und technisch, sondern bereitet gleich auf die konkreten Betriebe in der Umgebung vor und bringt deren vielfältige Berufsmöglichkeiten näher. Dabei bleiben stets alle Wege offen: Nach dem Abschluss der Mittelschule können die Jugendlichen in eine polytechnische Schule gehen und eine Lehre absolvieren, oder auch eine weiterführende

höhere Schule besuchen, anschließend Matura machen und studieren. Ein wichtiger Aspekt der Talenteschmiede ist es, dass sowohl Burschen als auch Mädchen gleichermaßen angesprochen werden. „Wir haben eine große Lücke im MINT-Bereich und auch wenn sich Mädchen dann nicht für eine Lehre entscheiden, konnten wir vielleicht das Interesse hierfür wecken“, betont Heidi Adewöhler die Bedeutung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

## Schule neu denken

Die IV-Burgenland-Präsidentin hebt zudem die Relevanz neuer Schulkonzepte hervor. „Schule muss ein Wohlfühlort zum Lernen sein. Für mich steht hier der Campusgedanke im Vordergrund, eine verschränkte Ganztagschule, bei der es nicht einfach darum geht, den Nachmittag in der Schule verbringen zu müssen.“ Schule als moderner Lern- und Lebensort, an dem aktives Lehren und Lernen sowie eigenverantwortliche Aktivitäten und Freizeitphasen einander mit Bewegungseinheiten und künstlerisch-kreativen Phasen abwechseln, wird auch vonseiten der IV forciert.

Neue, innovative Konzepte wie die Talenteschmiede, die jetzt in ihr zweites Jahr geht, tragen in jedem Fall dazu bei, Talente und Interessen zu fördern, den Jugendlichen Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten näherzubringen und dabei ein Verständnis für die umliegenden Unternehmen und ihre Arbeitsweisen zu erzeugen.

**Gastkommentar von** BERNHARD PUTTINGER, GREEN-TECH-VALLEY-GESCHÄFTSFÜHRER

## Burgenlands Chancen in der grünen Transformation

Der europäische Weg in eine nachhaltige Industrie-Zukunft beinhaltet viel Regulatorik sowie enorme Marktchancen für Unternehmen. Das Marktpotenzial ist groß: Laut einer Roland-Berger-Studie wird das globale Marktvolumen für Umwelttechnik jährlich um 7,3 Prozent auf 9,4 Billionen Euro steigen.

Im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten – dem Green Tech Valley – werden seit Jahren überproportional viele Technologien für eine nachhaltige Zukunft innoviert und auf internationalen Märkten verkauft.

Das Burgenland als Pionier bei 100 Prozent grünem Strom nimmt im Bereich der grünen Technologien eine Pionierrolle ein – Unternehmen wie Austrotherm, Biribauer, Creative Blower, Herz, Pet to Pet, Scioflex, Siemens, Sonnenerde, Solavolta oder Ulbrich seien stellvertretend für all jene Betriebe genannt, die die Energiewende und

Kreislaufwirtschaft mit innovativen neuen Lösungen vorantreiben. Starke Akteure wie Burgenland Energie haben ihre Rolle als technologische Vorreiter mit dem Plan des Groß-Elektrolyseurs für grünen Wasserstoff unterstrichen.

Mit diesem visionären Spirit verstärkt die Wirtschaftsagentur Burgenland seit Jahresbeginn den Cluster „Green Tech Valley“ mit Steiermark und Kärnten. Unternehmer:innen und Forscher:innen in den drei Bundesländern entwickeln hier Technologien wie z. B. neue Batteriespeicher, klimaneutrale Produktion, innovatives

Recycling sowie neue Geschäftsmodelle. Gemeinsam mit Forschung Burgenland werden etwa industrielle Reststoffe einer kaskadischen Verwertung in den Unternehmen zugeführt. Auch die IV-Burgenland ist seit Anfang des Jahres Netzwerkpartner im Green Tech Valley. Das Green Tech Valley ist dabei Innovations- und Kooperationsmotor mit jährlich 40 industriellen Projekten, 1.000 hergestellten Kontakten und 1.000 umgesetzten Ideen. So wurde mit WIVA P&G und vielen weiteren Partnern das europäische Hydrogen Valley mit einer halben Milliarde Euro an Investitionen bis 2028 gewonnen. Mit frei

verfügbaren Tools wie den Green Transformation Map & Cards sowie der Förderungsübersicht wird die grüne Transformation für alle Unternehmen etwas einfacher.

Der Fokus von Ihnen als Industriebetrieb gilt den Wachstumschancen. Die rund 300 Unternehmen im Green Tech Valley sind auch im konjunkturell fordernden Jahr 2023 mit 9,4 Prozent auf insgesamt 8,6 Milliarden Euro erneut schneller gewachsen als die Umwelttechnik-Weltmärkte. Welche Potenziale haben Sie in Ihrem Umfeld mit nachhaltigeren Produkten?





# Physikolympiaden mit burgenländischer Beteiligung

Österreich nahm heuer erstmals als Gastland an der Balkan-Physikolympiade in Nikšić, Montenegro, teil. Ein Team vertrat Österreich zudem bei der 8. Europäischen Physikolympiade in Kutaissi, Georgien.

**E**in Team aus Österreich nahm heuer an der Balkan-Olympiade teil. Dieses bestand aus den vier Schülern Matthis Tradel, Daniel Wimmer, Lukas Doktor und Mathias Frast.

Im Vorfeld zur Olympiade fanden drei Vorbereitungstage in Wien statt, um die Teilnehmer auf die spezifischen Anforderungen der Balkan-Olympiade vorzubereiten. Dazu zählten der Umgang mit den Wettbewerbsunterlagen und das Zurechtkommen mit räumlichen Einschränkungen sowie der Fragestellung.

Die Schüler aus Österreich flogen am 20. Juni 2024 nach Montenegro, wo zwölf Länder an der Physikolympiade teilnahmen: Österreich und Kasachstan als Gastländer, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Türkei sowie Zypern als Mitgliedsländer.

„Obwohl es schwierig war, bei Temperaturen von teilweise über 40°C die Konzentration zu halten, gelang dem Team ein großartiger mannschaftlicher Erfolg mit einer ‚Honorable Mention‘ für Matthis Tradel und zwei Bronzemedailles für Daniel Wimmer und Lukas Doktor (Burgenland)“, heißt es vom Verein zur Unterstützung der Österreichischen Physikolympiade (ÖPHO).

## Erfolgreich auch in Georgien

Die 8. Europäische Physikolympiade fand vom 15. bis zum 19. Juli in Kutaissi mit rot-weiß-roter Beteiligung statt. Mehr als 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 55 Ländern, davon 17 Gastländer aus der ganzen Welt, stellten sich bei der Olympiade vier Aufgaben, einem Experimente und drei theoretischen Aufgaben. Das österreichische Team, bestehend aus Simon Fink (Burgenland), Lukas Gabriel (Wien), Philipp Lechner (Wien), Benjamin Tonner (Salzburg) und Vincent Willis (Tirol), lieferte eine großartige

Leistung ab. Lukas Gabriel und Benjamin Tonner konnten jeweils eine Bronzemedaille gewinnen.

Neben der Teilnahme an der Europäischen Physikolympiade hatten die fünf Burschen auch noch Gelegenheit, das Gastland Georgien näher kennenzulernen: Sie besuchten beispielsweise den botanischen Garten von Kutaissi und die Kirche Bagrati, eine der ältesten und wichtigsten Kirchen Georgiens, und lernten dabei mehr über die Geschichte und Sprache Georgiens.

## IV-Burgenland unterstützte bei Teilnahme

Die IV-Burgenland unterstützte auch heuer wieder die Teilnahme burgenländischer Schüler bei Physikolympiaden. „In der Industrie brauchen wir gut ausgebildete Menschen aus dem MINT-Bereich – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Deswegen begrüßen wir es sehr und unterstützen natürlich auch sehr gerne, wenn es darum geht, jungen Menschen Freude an Physik zu vermitteln“, sagt IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö.



Die Teams der österreichischen Schüler nahmen erfolgreich an der Balkan-Physikolympiade und an der Europäischen Physikolympiade teil.



## SYSTEMINSCHIEFLAGE

Österreichs Wirtschaft kommt nicht vom Fleck. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen. Aber anstatt in einem gemeinschaftlichen Schulterschluss anzupacken, machen es verschiedene Faktoren der heimischen Wirtschaft schwer, an Fahrt aufzunehmen.

Während die Debatte um Arbeitszeitverkürzungen nicht abreißt, wird übersehen, was längst Realität ist: Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit pro Woche in Vollzeitbeschäftigung ist in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter gesunken. Im Jahr 2023 verbrachten Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich weniger als 34 Stunden in der Arbeit.

Nicht nur, dass die Wochenarbeitszeit beständig sinkt, das tatsächliche Pensionsantrittsalter liegt trotz steigender Lebenserwartung unter jenem von 1970. Dafür hat Österreich entgegen anderen vergleichbaren EU-Staaten eine hohe Inflation, die nur langsam sinkt. Traditionell wird hierzulande die Inflation über Indexklauseln weitergegeben – was zu höheren Lohnstückkosten und Kollektivvertragsabschlüssen führt und dafür sorgt, dass Österreich wirtschaftlich immer mehr an Boden verliert.

In den vergangenen Jahren ist die Mindestsicherung noch stärker gestiegen als die Tariflöhne: Seit 2018 wurde die Mindestsicherung fünfmal über dem gesetzlichen Anpassungsfaktor erhöht.

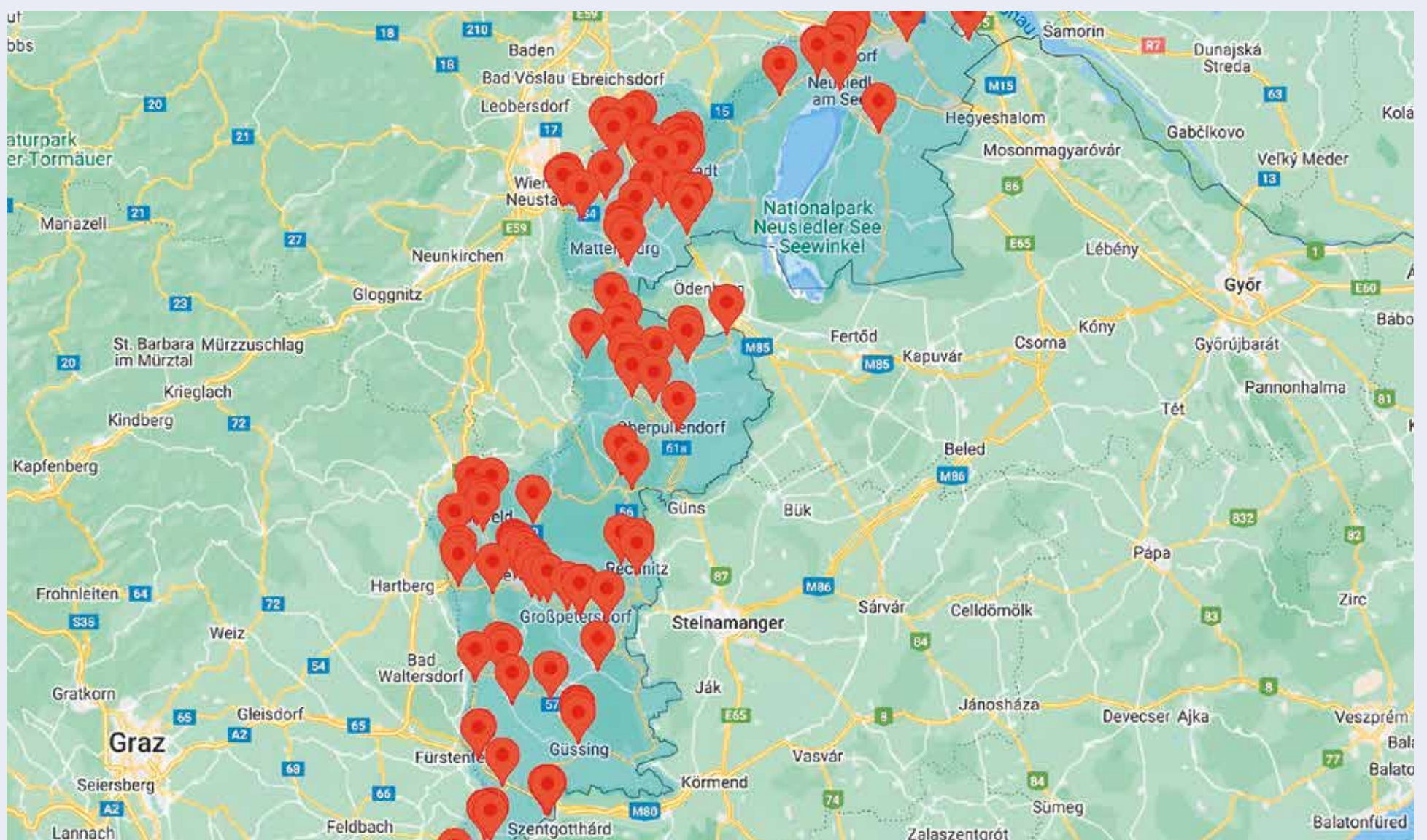
Bei all dem muss man sich fragen: Wie soll sich das ausgehen? Wir alle sind stolz auf unseren Sozialstaat, umso wichtiger ist es, ihn nicht ausbluten zu lassen. Wie soll es in Zukunft funktionieren, wenn immer mehr Menschen immer weniger arbeiten? Es sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die durch ihren Beitrag jenen unter die Arme greifen, die Unterstützung brauchen. Umgekehrt bedeutet das, Arbeit muss attraktiver werden, damit jene, die können, auch arbeiten gehen. Anstatt an der Effizienz des Systems zu schrauben, wird von manchen Seiten nach noch mehr Steuern gerufen. Mittelfristig verliert ein solches System seine Tragfähigkeit. Wir fordern daher eine Senkung der Steuerquote und der Lohnnebenkosten. Denn klar ist: Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Ihre

Heidi Adelwöhrer,  
Präsidentin der IV-Burgenland







## NEUE INDUSTRIELANDKARTE: BURGENLANDS INDUSTRIE AUF EINEN KLICK

Heimische Industrieunternehmen auf einen Blick, zu finden an ihren Standorten im ganzen Burgenland – das ist die neue Industrielandkarte der Industriellenvereinigung Burgenland.

Die Industrielandkarte bietet einen Überblick über die Industrieunternehmen im ganzen Burgenland und ihre Tätigkeiten bzw. Produkte. Dazu liefert sie Informationen und Kontaktdaten zu den einzelnen Unternehmen. Einen Mehrwert bietet die Industrielandkarte damit auch für Schulen und Menschen auf Jobsuche, denen Industrieunternehmen und damit oftmals Ausbildungs- und

Jobmöglichkeiten in ihrer Umgebung angezeigt werden.

### Rolle der Industrie betonen

„Mit der Industrielandkarte wollen wir die Bedeutung der Industrie im Burgenland betonen und ihre Rolle als wichtiger Arbeitgeber in der Region hervorheben“, erklärt IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö. „Die burgenländische

Industrie bietet hochwertige Arbeitsplätze und beschäftigt fast 15.000 Menschen. Außerdem trägt sie rund 30 Prozent zur regionalen Bruttowertschöpfung bei.“

Derzeit zählt die Karte 162 Einträge von Nord bis Süd. „Unser Anspruch ist es, die burgenländische Industrie in ihrer Gesamtheit abzubilden. Dazu wird die Karte laufend ergänzt“, so Benkö.



### WEBTIPP

Die neue Industrielandkarte der IV-Burgenland ist online abrufbar unter [industrielandkarte.eu](https://industrielandkarte.eu)

## Aktuelles in Kürze

### Unger Steel: Firmenchronik präsentiert

Das Oberwarther Stahlunternehmen Unger Steel präsentierte im Rahmen seines Familienfestes eine Firmenchronik in Buchform. Das Unternehmen wurde 1952 durch Josef Unger sen. gegründet und wird jetzt in dritter Generation von Matthias Unger geführt.

### Wienerberger-Ziegelwerk feierte großes Jubiläum

Das Wienerberger-Ziegelwerk in Riedlingsdorf (Gemeinde Pinkafeld) feierte sein 100-jähriges Bestehen mit einem „Tag der offenen Tür“. Allein im heurigen Jahr wurden hier eine Million Ziegel hergestellt.

### SWARCO FUTURIT modernisiert Betrieb in Neutal

Der mittelburgenländische Standort des Verkehrstechnologieunternehmens wird in den nächsten zwölf Monaten um rund acht Millionen

Euro umfassend erneuert: Büroräumlichkeiten, Sozial- und Aufenthaltsräume sowie Kantinen und Außenbereiche werden modernisiert bzw. installiert.

### „INDUSTRIE BRAUCHT JUNGE, MOTIVIERTE MENSCHEN“

Pädagoginnen und Pädagogen besuchten im Rahmen der Sommerakademie von POLYaktiv IV-Burgenland-Mitgliedsunternehmen.

IV-Burgenland-Präsidentin Heidi Adelwöhrer betonte in ihrer Begrüßungsrede anlässlich des „Tages der Industrie“ im Rahmen der Sommerakademie 2024 von POLYaktiv und PH Burgenland die wertvolle Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bildungseinrichtungen. „Eine qualitätsvolle Bildung ist der Grundstein für Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserer Region und in ganz Österreich. Die Industrie hängt stark von gut ausgebildeten Fachkräften ab. Ohne hochwertige Grund- und Ausbildung wäre der Erfolg unseres Wirtschafts- und Industriestandortes undenkbar“, so Adelwöhrer.

Christian Wenzl von Microsoft Österreich lieferte anschließend in seinem Gastvortrag spannende Informationen über die Chancen von Künstlicher Intelligenz in der Bildung und die dafür künftig erforderlichen Fähigkeiten. Die Pädagogen und Pädagoginnen erhielten danach Einblicke

in den Arbeitsalltag in der Industrie in den Unternehmen Isosport, Pet to Pet Recycling Austria und Austrian Pet Food.



IV-Burgenland-Präsidentin Heidi Adelwöhrer, Daniela Fedler von der Pädagogischen Hochschule (PH) Burgenland und Wolfgang Berghofer vom Verein POLYaktiv vor der Veranstaltung.